

PRESSEINFORMATION

anlässlich des Jahrespressegesprächs des Vorstandsvorstandes

„Chemiehandel im März 2019“

Der deutsche Chemikalien Groß- und Außenhandel hat das Jahr 2018 mit einem Umsatzwachstum von 6,8% auf ca. 14,7 Milliarden Euro zum Vorjahr abgeschlossen. Gründe hierfür waren in erster Linie gestiegene Rohstoffpreise. Der Binnenhandel konnte seinen Umsatz um 4,3% auf ca. 4,6 Milliarden Euro und der Außen- und Spezialitätenhandel um rund 8% auf ca. 10,1 Milliarden Euro steigern. Der Branche ist es erfreulicherweise gelungen, sich in den ersten zwei Quartalen positiv zu entwickeln, bevor im dritten und vierten Quartal das Geschäft abflaute. Gründe hierfür waren vor allem die Schwierigkeiten der deutschen Automobilindustrie, die politischen Entscheidungen in den USA, insbesondere die Einführung von Strafzöllen, sowie die Umweltpolitik in China mit zahlreichen Schließungen von Unternehmen. Nicht zuletzt kam es durch das anhaltende Niedrigwasser des Rheins zu Engpässen bei der Rohstoffversorgung. Der daraus resultierende Mengenrückgang von insgesamt 2,7% zum Vorjahr betraf sowohl den Binnenhandel als auch den Außen- und Spezialitätenhandel.

Erfreut zeigt sich die Branche, dass die Zahl der Arbeitsplätze in den Mitgliedsunternehmen – trotz Fachkräftemangels – um 2% gestiegen ist. Investitionen in die Modernisierung der Anlagen und Läger befinden sich weiterhin auf einem guten Stand. Investitionen unter Umweltaspekten sind im Chemiehandel weiterhin auf hohem Niveau und im Vergleich zu 2017 erneut - wenn auch nur geringfügig - um 0,2% auf 27,7% der Gesamtinvestitionen angestiegen.

Im zweiten Halbjahr 2018 haben sich viele Unternehmen intensiv mit dem Thema BREXIT auseinandersetzen müssen. Das Vereinigte Königreich ist für Europa und speziell Deutschland ein wichtiger Handelspartner. In Bezug auf regulatorische Aspekte wie REACH bereitet ein möglicher „No-Deal“ den Unternehmen Sorge. Erwartet wird ein erheblicher Mehraufwand, sei es bei der Logistik, den Produktregistrierungen in UK oder den Zollverfahren, um nur drei Beispiele zu nennen. Hier zeigt man sich besorgt, muss aber abwarten, wie die Politik die Verhandlungen abschließt.

Die Unternehmen unterstreichen erneut, dass die politischen Bestrebungen die Infrastruktur im Bereich Verkehr, wie z.B. den Zustand der Brücken, der Schienen und der Straßen zu verbessern, intensiviert werden müssen. Gleiches gilt für den flächendeckenden Ausbau der digitalen Netze, denn nur so können moderne Kommunikationsmittel erfolgreich eingesetzt werden. Eine weitere Problemstellung sind der stetig wachsende Fahrermangel und die hieraus resultierenden erhöhten Frachtsätze.

Der Chemiehandel setzt seine Bestrebungen fort, im Bereich der Digitalisierung für die Branche Standards beim Datenaustausch mit zu begleiten, um so die Effizienz der Prozesse in der Lieferkette zu verbessern.

Ein zunehmendes Hemmnis stellt die schleppende behördliche Umsetzung neuer Vorschriften, verbunden mit dadurch verursachten Rechtsunsicherheiten und äußerst kurzen Umsetzungsfristen für die Unternehmen, dar.

Aufgrund der sich allgemein eintrübenden Konjunkturaussichten erwartet der Chemiehandel ein schwierigeres Geschäftsjahr 2019.

Köln, 26. März 2019